

### **Die Wald- und Forstwirtschaft**

#### **Münstertal- eine der walddreichsten Gemeinden des Landes**

Die Gemeinde Münstertal zählt heute (2013) mit einer 4350 Hektar umfassenden Waldfläche zu den walddreichsten Kommunen des Landes Baden-Württemberg. 65 Prozent der Gemarkungsfläche sind mit Wald bedeckt. Von der gesamten Waldfläche sind 2550 Hektar im Besitz der Gemeinde.

Aber nur ein relativ geringer Teil des heutigen Kommunalwaldes ist althergebrachter Gemeindebesitz. Der größte Flächenzuwachs für die früheren Gemeinden Ober- und Untermünstertal entstand durch eine Schenkung des Klosters St. Trudpert im ausgehenden 18. Jahrhundert. Der heutige Staatswald innerhalb der Gemarkung entspringt einer Enteignung des klösterlichen Waldbesitzes im Rahmen der von Kaiser Napoleon initiierten Säkularisation zu Beginn des 19. Jahrhunderts.

#### **Schenkungen und Enteignungen führen zur heutigen Besitzverteilung**

Im 18. Jahrhundert stand Kaiser Joseph II., der Sohn von Kaiserin Maria Theresia, an der Spitze des habsburgischen Großreiches, zu dem als Teil Vorderösterreichs auch das Münstertal mit dem Kloster St. Trudpert gehörte. Kaiser Joseph war ein Vertreter des „aufgeklärten“ Absolutismus. Im Sinne der Aufklärung warf er die Frage auf, welchen Nutzen die Klöster für die Allgemeinheit erbringen. Rein kontemplative Orden hatten für ihn keine Existenzberechtigung. Nur Klöster, die in der Krankenpflege und im erzieherischen Bereich ihren Schwerpunkt sahen, sollten bestehen bleiben.

Joseph II. (1741-1790) wollte deshalb das Vermögen aller Bistümer und Klöster in seinem Reich in einem so genannten „Religionsfond“ zusammenfassen. Dies kam einer Enteignung des kirchlichen Besitzes gleich. Mit diesem Fond beabsichtigte er, soziale Missstände in seinem Land beheben zu können. Aufgrund dieser kirchenfeindlichen Bestrebungen des Habsburgerkaisers befürchtete der damalige (und auch letzte) Abt vom Kloster St. Trudpert, Abt Columban II. nicht zu Unrecht, dass auch sein Kloster von der Auflösung betroffen sein würde. Tatsächlich waren im Habsburgerreich zwischen 1782 und 1787 bereits über 700 Klöster und Abteien aufgelöst worden.

Gleichzeitig bestand zwischen dem Kloster St. Trudpert und den beiden Gemeinden Ober- und Untermünstertal seit langem eine unübersichtliche und auch umstrittene Vielfalt an Rechten am Waldbesitz im Tal. Es war nach dem 30-jährigen Krieg (1618-1648) immer wieder zu Rechtsstreitigkeiten zwischen den beiden Gemeinden und dem Kloster gekommen. Da also Abt Columban eine Enteignung des Klosterbesitzes befürchten musste, versuchte er in einem mutigen Schritt den Rechtsstreit um die Besitzverhältnisse endgültig so zu beenden, in dem er den beiden Münstertäler Gemeinden zwei Drittel sämtlicher Klosterwaldungen als volles Eigentum überließ. Für sich behielt er nur noch den klosternahen Wald (902 Hektar) und 263 Hektar Wiesen- und Weidegelände in unmittelbarer Klostersnähe. Mit dieser im Jahre 1793 vollzogenen Schenkung waren alle Rechtsstreitigkeiten beseitigt und die beiden Gemeinden Ober- und Untermünstertal neue „Wald-Großgrundbesitzer“ geworden.

Wäre es bei den alten Besitzverhältnissen geblieben, wäre 13 Jahre später im Rahmen der Säkularisation (Enteignung allen kirchlichen Eigentums) das damals neu gebildete Großherzogtum Baden Eigentümer des gesamten ehemaligen Klosterbesitzes geworden.

So fiel im Jahre 1806 im Rahmen der Säkularisation nur noch der restliche, beim Kloster verbliebene Wald an den Großherzog von Baden, dessen rechtliche Nachfolge im Jahre 1919 das Land Baden und seit 1951 das Bundesland Baden-Württemberg angetreten hat.

### **Die Forstreviere im Münstertal der 1950er-Jahre**

Die Gemeinde Untermünstertal hatte ihren Gemeindewald in drei Dienstbezirke eingeteilt. Das Revier von Förster Konstantin Hofmann (626 ha) erstreckte sich von der Ortsgrenze im Gewann Galgenhalde über's Köpfle, Süßenbrunn bis zum Schlossberg in der Rotte Münsterhalden. Der 625 Hektar umfassende Bezirk von Revierförster Josef Brandenberger bildeten die Bereiche Rammersbach, Sirnitz sowie die Gebiete Weiherwald und Langenbach bis zum „Tiefen Graben“. Revierförster Heinrich Ruh beaufsichtigte den zwar kleinsten, aber schwierigsten Bezirk, das gesamte Belchengebiet mit 602 Hektar. Der auf Gemarkung Untermünstertal liegende Staatswald wurde von einem Förster des Forstamtes Staufen betreut. Die Gemeinde Obermünstertal hatte für ihren Kommunalwald einen Bezirk ausgewiesen. Auf Konrad Schneider (bis 1953) folgte ab 1954 Revierförster Trudpert Böhler. Der Staats- und Klosterwald auf Obertäler Gemarkung lag in den 1950er-Jahren unter der Aufsicht von Revierförster Josef Kottal.

### **Die 1950er-Jahre – das Jahrzehnt der Aufforstungen**

Die Kriegs- und Nachkriegsjahre hatten große Wunden auch in die Münstertäler Wälder geschlagen. Durch die „Franzosenhiebe“ waren große Kahlflächen entstanden. Forstdirektor Dr. Kilius vom Forstamt Staufen wurde nicht müde, immer wieder vor den Gemeindevätern zu betonen, dass in allen Wirtschaftszweigen der Bundesrepublik große Umsatz- und Ertragssteigerungen zu verzeichnen seien. Auch in der Waldwirtschaft galt für ihn: „Kein Teil des Waldes darf öde (ertraglos) bleiben. Die kriegsbedingten Kahlflächen müssten genauso aufgeforstet werden wie die allmählich der Verhurstung anheimfallenden Weideflächen.“

### **Die große Zunahme des Waldes und seine „Nebenwirkungen“.**

In der Gemeinde Untermünstertal waren in der ersten Hälfte des Jahrzehnts durch Aufgabe der landwirtschaftlichen Tätigkeit schon viele Allmend- und Weideflächen -vor allem in höheren, schwer zugänglichen und steilen Lagen- nicht mehr genutzt worden. Sie begannen zu verhursten und wurden als erste in die Aufforstungsmaßnahmen der Gemeinde und des Staates einbezogen.

Neben den schon seit 1950 nicht mehr beweideten Arealen „Schmelzhalde“ und „Vorderer Süßenbrunn“ wurden folgende Flächen im Verlauf der 1950er- und frühen 1960er-Jahre der Weidenutzung durch systematische Aufforstung entzogen: Teile der Wildsbachweide mit Wogenbrunn und Schmiedhalde, die Weideflächen „Brendenwald“, „Glanzenberg“, Teile der Weidedistrikte am Eichboden, am Häldele, im Süßenbrunn, am Sägebühl und am Köpfle, in der Gabel, im Kaltwasser, im Rammersbach, in der Münsterhalde, in der Langeck, im Münster- und Gufenbachergrund sowie der bisher noch Weide gebliebene Teil am „Eschenöfele“. Nur in wenigen Fällen gab es Einsprüche von Landwirten gegen diese forstlichen Maßnahmen.

Auch das Forstamt forstete im Staatswald große, verbuschte und verwilderte Flächen auf Untertäler Gemarkung auf.

Insgesamt wuchs in diesem Jahrzehnt die Waldfläche der Gemeinde Untermünstertal um rund 780 Hektar. Waren im Jahre 1950 noch 61 Prozent der Gemarkungsfläche von Wald bedeckt, war der Waldanteil in der Gemeinde Untermünstertal bis zum Jahre 1960 auf 86 Prozent angestiegen. Dieser außerordentlich hohe Flächenanteil des Waldes begann in verschiedener Hinsicht Probleme aufzuwerfen. Die Gemeinde und auch der Staat standen einerseits vor der Frage, was mit den nicht mehr beweideten, brachgefallenen Flächen geschehen soll und andererseits vor der Frage, wie das charakteristische Bild der Gemeinde mit dem ständigen Wechsel von Wald, Wiesen und Weiden erhalten werden kann. Diese Frage bestand vor allem im Zusammenhang mit einer „fremdenverkehrsgerechten“ Erhaltung des Landschaftsbildes. Denn es galt damals wie heute: Der Erholungsuchende bevorzugt vor allem Gebiete, in denen der Charakter der Bodennutzung ständig wechselt. In der Gemeinde Untermünstertal begann

man den Wald nicht mehr nur als Wirtschaftsfaktor zu betrachten sondern auch seine Funktion für Freizeit und Erholung verstärkt in Betracht zu ziehen.

### **Die Waldwirtschaft in Obermünstertal**

Auch in Obermünstertal hatte die Kriegs- und Nachkriegszeit große Wunden in den Gemeinde- und Staatswald geschlagen. So lag das Schwergewicht in den 1950er-Jahren zunächst in der Wiederaufforstung der durch die „Franzosenhiebe“ entstandenen Kahlflächen. Wie in der Gemeinde Untermünstertal erwuchs den Gemeindevätern im oberen Münstertal ein weiteres Problem: Viele Weideflächen, vor allem in höheren, walddahen Lagen, wurden von den Landwirten mit ihrem Vieh nicht mehr so stark „befahren“ wie in den ersten Nachkriegsjahren.

Die nicht mehr genutzten Weidfelder wurden deshalb auch nicht mehr gedüngt und nicht mehr gepflegt, sie begannen zu verwildern und zu verhursten. Aus bisher wertvoller Weidefläche drohte „Ödland“ zu werden. Für Forstmeister Dr. Kilius vom Forstamt Staufen bot die Aufforstung dieser aufgegebenen Weidflächen die einzig sinnvolle Wertsteigerung.

Doch gestalteten sich die vom Staufener Forstamt geplanten Aufforstungsmaßnahmen in Obermünstertal nicht ganz einfach. In Untermünstertal befanden sich fast ausnahmslos alle Weideflächen in Gemeindebesitz. Die Entscheidung über die Nutzung der Weiden oblag dem Gemeinderat nach Rücksprache mit den Landwirten.

Auf der Gemarkung der Gemeinde Obermünstertal gab es zu Beginn der 1950er-Jahre rund 800 Hektar Weidefläche. 365 Hektar davon waren zwar als Allmendflächen in rechtlicher Hinsicht zwar in Gemeindebesitz, doch waren sie seit Generationen einzelnen Höfen speziell zugeteilt. Zwar nutzten viele Landwirte ihre Allmendweiden immer weniger, einer Aufforstung standen sie dennoch sehr kritisch gegenüber. Eine gezielte Aufforstung würde ihnen über Generationen hinweg Weideland entziehen, das sie in eventuellen Notzeiten wieder in Anspruch nehmen könnten. Und ein weiteres: Die Erträge aus den aufgeforsteten Weiden würden nun bei der Gemeinde verbleiben.

Anders lag die Situation bei den Landwirten mit Privatweiden. Gaben sie nicht mehr genutzte Weideareale zur Aufforstung frei, kam das für sie einer Wertschöpfung gleich. Der Kompromissvorschlag von Forstdirektor Dr. Kilius, die kommunalen Allmendweiden in Form von Erbpacht in bäuerliches Eigentum zu überführen, fand hingegen nicht die Mehrheit des Gemeinderates.

Dennoch stieg durch die Aufforstungsmaßnahmen des Staates und mancher privater Landwirte der Waldanteil in Obermünstertal zwischen 1950 und 1960 an. Im Jahre 1960 waren 44 Prozent der Gemarkung von Wald bedeckt.

Das Land unterstützte in den 1950er-Jahren die Aufforstungsmaßnahmen mit lukrativen Subventionen. Durch die geschilderten Schwierigkeiten bei der Aufforstung von wenig bewirtschafteten, privat genutzten Allmendweiden verzögerte sich die Aufforstung in der Gemeinde Obermünstertal gegenüber vergleichbaren Gemeinden erheblich. So rief die Gemeinde Untermünstertal in den Jahren 1956 bis 1959 insgesamt 22 705 DM an Staatszuschüssen ab, die Gemeinde Obermünstertal dagegen nur 690 DM. Da von den im Jahre 1954 vorgeschlagenen Flächen noch kaum etwas aufgeforstet worden war, zog sich die Gemeinde die Kritik des Forstamtes zu. Da die staatlichen Bezuschussungen in den 1960er-Jahren ausliefen und eine Änderung in der Weidebeschickung nicht zu beobachten war, planten Gemeinde und Forstamt auf einer Fläche von weiteren 21 Hektar die Umwandlung von Weide- in Waldflächen. Vorgesehen waren Distrikte in den Bereichen Sittnerberg, Helmiseck, Gstiehl, Sonnhaldeberg und am vorderen Branden. Auch in der Rotte Stohren standen rund 16 Hektar vor der Aufforstung in den 1960er-Jahren.

### **Forst- und Landwirtschaft prägten die Erwerbsstruktur der Gemeinde**

Neben der Landwirtschaft prägte bis in die 1950er-Jahre hinein die Forstwirtschaft die Erwerbsstruktur beider Gemeinden. Zu Beginn der 1950er-Jahre bot der Gemeindewald in Untermünstertal noch knapp 100 Arbeitsplätze an. Auf der Gehaltsliste des Waldmeisters standen im Jahre 1955 noch 36 Holzhauer. Als Kultur- und Wegearbeiter beschäftigt waren 36 männliche und 19 weibliche Beschäftigte. In Obermünstertal arbeiteten im Gemeindewald im gleichen Jahr 26 Holzhauer und 17 Kulturarbeiter, darunter vier Frauen.

Gegen Ende des Jahrzehnts nahm die Zahl der im Wald Beschäftigten allmählich, aber noch nicht gravierend ab. Grund war unter anderem der rationellere Maschineneinsatz (Motorsägen und Schlepper).

Die Verringerung des Arbeitsplätze-Angebotes im Gemeindewald führte nach 1955 zu keinen sozialen Härten mehr, wie es in den Vorkriegsjahren noch der Fall gewesen wäre. Ein Teil der Beschäftigten schied im Laufe des Jahrzehnts ohnehin aus Altersgründen aus, ein weiterer Teil fand Arbeit in den Industriebetrieben innerhalb der Gemeinde („Gubor“ und „Wäschetruhe“) oder in Staufen.

Neben den Waldarbeitern im Dienste der beiden Gemeinden, waren viele Münstertäler Holzhauer weiterhin sehr begehrte Arbeitskräfte im Staatswald sowie in den benachbarten Gemeinden.

**Nächste Folge:** *Walderschließung und Veränderungen in der Waldwirtschaft*